

# IST DIE LINKE EINE EXTREMISTISCHE PARTEI?

**ECKHARD JESSE** || Die Linke wurde bei der Bundestagswahl 2013 drittstärkste Kraft. Die Wahlerfolge einer solchen Partei sind mitnichten ein zwingender Beleg für ihren demokratischen Charakter. Auch wenn sich Die Linke im Extremismusgrad deutlich von der NPD unterscheidet, so stellt sie keineswegs einen Gralshüter des demokratischen Verfassungsstaates dar. Extremistische Tendenzen sind unübersehbar.

## EINFÜHRUNG

Als die DDR zusammenbrach, hätte kein Beobachter damit gerechnet, dass die aus der SED hervorgehende Kraft (unter welchem Namen auch immer) relevanten Einfluss in der Bundesrepublik gewinnen könnte. Sie war delegitimiert und diskreditiert. Doch mittlerweile sieht dies anders aus. Hatte sie bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 2,4 % der Stimmen erreicht, so kam sie 2009 mit 11,9 % auf den fünffachen Anteil. Auch wenn sie bei der Bundestagswahl 2013 3,3 Punkte einbüßte, ist sie das erste Mal die drittstärkste Kraft und sogar die stärkste Oppositionspartei. In drei von fünf neuen Bundesländern (Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen) rangiert sie bei Landtagswahlen an zweiter Stelle. Bei der Landtagswahl in Thüringen am 14. September 2014 erreichte sie mit 28,2 % ihr bestes Ergebnis.

Die Linke ist ein neuer Faktor im deutschen Parteiensystem geworden. Durch den Einzug der postkommunistischen Partei in den Bundestag musste 2005 und 2013 eine Große Koalition gebildet werden, weil sie für ein Bündnis nicht in Frage kam. Der folgende Beitrag will die Frage beantworten, ob die Partei linksextremistische Züge aufweist<sup>1</sup> und es daher berechtigt war, keine Koalition mit der Linken auf Bundesebene einzugehen. Zunächst geht es um ihre historische Tradition, schließlich um ihren Antifaschismus, der die Partei zusammenhält, dann um ihre Programmatik sowie um die Haltung

der anderen Parteien wie die des Verfassungsschutzes. Das Fazit gibt eine Antwort auf die Leitfrage nach dem extremistischen Charakter der Partei.

## HISTORISCHE TRADITION

Die Linke hat eine lange, wiewohl keine ehrwürdige Tradition.<sup>2</sup> Die Partei lässt sich bis auf die zum Jahreswechsel 1918/19 ins Leben gerufene KPD von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zurückführen. Die KPD, die als weithin moskauabhängige Partei die erste deutsche Demokratie mit (Wort-)Gewalt bekämpft hatte, wurde 1933 schnell ausgeschaltet, unterdrückt und blutig verfolgt. Nach dem Ende der NS-Diktatur ließen die Alliierten 1945 die KPD neben der SPD und zwei bürgerlichen Parteien zu (der überkonfessionellen Union und den Liberalen). Sie strebte in der sowjetischen Besatzungszone eine Fusion mit der SPD an – die Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) fand am 21./22. April 1946 in Berlin statt. Als „Staatspartei“ besaß sie die politische Hegemonie, jede Blockpartei war machtlos und von ihr abhängig. Die DDR war formal ein Mehrparteien-, faktisch ein Einparteiensystem. Das Schicksal der SED (und das der gesamten DDR) wiederum hing von der sowjetischen Parteidiktatur ab. Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 konnte nur mit sowjetischen Panzern niedergeschlagen werden, und der Bau der Mauer

am 13. August, den Walter Ulbricht angestrebt hatte, bedurfte der Zustimmung der sowjetischen Kommunisten.

Das Ende der DDR, einem Staat ohne Legitimation und lediglich mit schwacher Identität, leitete der Wandel der außenpolitischen Konstellationen ein. Am 1. Dezember 1989 – während der friedlichen Revolution, nach der erzwungenen Öffnung der Mauer – strich die Volkammer die „führende Rolle“ der SED aus der Verfassung. Die Partei trat mit Erich Honeckers Nachfolger Egon Krenz, der von einer „Wende“ sprach, die Flucht nach vorn an, doch nützte ihr diese „Nachtrabpolitik“ nichts. Nach dem Scheitern von Krenz kam die zweite Garnitur zur Geltung – mit dem Vorsitzenden Gregor Gysi sowie seinen Stellvertretern Wolfgang Berghofer, Hans Modrow und Wolfgang Pohl. Auf dem Sonderparteitag am 16./17. Dezember 1989 nannte sich die SED in Sozialistische Einheitspartei Deutschlands – Partei des Demokratischen Sozialismus (SED-PDS) um; am 4. Februar 1990 entfiel der Name „SED“. Durch diesen Beschluss des Parteivorstandes hieß sie nur noch Partei des Demokratischen Sozialismus. 15 Jahre später, am 17. Juli 2005, abgeseget auf dem Parteitag, lautete der neue Name: Die Linkspartei. Die Landesverbände konnten sich – wenn sie wollten – des Zusatzes „PDS“ bedienen. Der Grund für die Änderung: Die vor allem im Westen beheimatete WASG, die bereit war, auf der Liste der PDS bei der vorgezogenen Bundestagswahl 2005 zu kandidieren, machte dies zur Bedingung. Knapp zwei Jahre später folgte eine weitere Umbenennung. Durch die Fusion der Linkspartei mit der WASG<sup>3</sup> am 16. Juni 2007 heißt die Partei nun Die Linke. In ihr dominieren die Repräsentanten der PDS, wenngleich manche Kräfte aus der WASG die Partei weiter radikalisiert haben. Mit dieser historischen Herleitung soll nicht Kontinuität um jeden Preis suggeriert werden.

Gewiss: Die PDS löste sich in vielen Maximen von der SED – organisatorisch, strategisch, ideologisch und personell. So wurde der „demokratische Zentralismus“ Lenins aufgegeben. Zu einer Auflösung der SED konnte sich die politische Spitze allerdings nicht entschließen, um die Identität zu wahren und vermutlich deshalb, weil ihr sonst deren Parteivermögen entzogen

worden wäre. Neben Elementen des Wandels gibt es daher solche der Kontinuität.

Um dies an einem Beispiel zu verdeutlichen: So hat Die Linke ihre Stiftung nach Rosa Luxemburg genannt. Diese war eine Verfechterin der Diktatur des Proletariats in Wort und Tat.<sup>4</sup> In der deutschen Revolution 1918/19 votierte das Gründungsmitglied der KPD gegen die ungefestigte Demokratie, und sie unterstützte den „Spartakusaufstand“. Die oft heroisierte Rosa Luxemburg<sup>5</sup> war keine Repräsentantin eines freiheitlichen Sozialismus wie Eduard Bernstein oder Friedrich Ebert. Gleiches gilt für den von der PDS verehrten Karl Liebknecht. In ihrer berühmten Schrift „Zur russischen Revolution“, die ein flammendes Plädoyer für sie enthält, kritisierte Luxemburg in drei Punkten Wladimir I. Lenin: wegen der von ihm propagierten Aufteilung von Grund und Boden an die Bauern; wegen seiner Parole vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen; und schließlich wegen seines „demokratischen Zentralismus“, doch ist ihr Plädoyer für „Massenspontaneismus“ keineswegs mit den Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates vereinbar. Und ihr immer wieder zitierter Satz, Freiheit sei die Freiheit der Andersdenkenden, nimmt sich im Zusammenhang ganz anders aus, nicht als Plädoyer für Pluralismus und Freiheit. Insofern ist die rhetorische Frage von Autoren der Rosa-Luxemburg-Stiftung zutreffend: „Haben aber die Verfechter des heutigen Neoliberalismus, der auf die absolute Macht des Kapitals zielt und demokratische Politik zur Magd zu diskreditieren sucht, ein Recht, sich auf Rosa Luxemburg zu berufen?“<sup>6</sup> Nein, haben sie nicht, denn in der Tat unterscheidet sich das Verständnis des demokratischen Verfassungsstaates, der dem Eigenwert demokratischer Spielregeln das Wort redet, fundamental von einer Position, die Freiheit der „Diktatur des Proletariats“ unterordnet.

### „ANTIFASCHISMUS“ ALS EINIGENDES BAND

Das Thema, das die gesamte Linke eint, ist ihr mit Antikapitalismus gepaarter Antifaschismus. Sie hat ein klar antifaschistisches Konzept, deswegen aber noch kein demokratisches. Die PDS versuchte im Bundestag und in den Landtagen, eine „antifaschistische Klausel“ zu verankern. Bereits im Jahre 2001 hatte die PDS

im Deutschen Bundestag einen solchen Antrag eingebracht. Der Artikel 26 sollte einen erweiterten Wortlaut erhalten: Nicht nur eine Handlung, die das friedliche Zusammenleben der Völker störe, wie etwa die Vorbereitung eines Angriffskrieges, sei unter Strafe zu stellen, sondern auch die Wiederbelebung nationalsozialistischen Gedankenguts. Die Akzeptanz des Antifaschismus ist der kleinste gemeinsame Nenner. Eine Gefahr geht nur von „rechts“ aus. Das gilt für alle linksextremistischen Gruppen.<sup>7</sup> Umgekehrt ist nicht jeder, der für Antifaschismus votiert, ein Linksextremist.

Der Vorschlag, eine „antifaschistische Klausel“ in die Verfassung aufzunehmen, ist für die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland schädlich. Auf diese Weise würde davon abgerückt, dass ein freiheitlicher Staat gleichermaßen alle extremistischen Positionen ablehnt. Das Grundgesetz (wie jede Verfassung der Bundesländer) weist eine antiextremistische Orientierung auf. Nirgendwo ist davon die Rede, ein Parteien- oder ein Vereinigungsverbot sei nur einer politischen Richtung vorbehalten. Das Grundgesetz weist keinen antifaschistischen Impetus auf, wie die PDS immer wieder behauptet. Wäre das der Fall, erwiese sich eine solche Formel schlicht als überflüssig.

Wer eine antifaschistische Klausel propagiert, sieht lediglich in rechtsextremistischen Bestrebungen eine Gefahr für den demokratischen Verfassungsstaat. Das liefe auf einen massiven Wandel des politischen Koordinatensystems hinaus. Indirekt bedeutete das eine Aufwertung, ja geradezu eine Rehabilitierung des Antifaschismus der DDR sowie eine Legitimierung linksextremistischer Bestrebungen. Wer Rechts- wie Linksextremismus und jede Form des politischen Extremismus ablehnt (darunter fällt auch der Fundamentalismus religiöser Prägung), kann der Verwendung eines solchen Terminus nichts Positives abgewinnen.

Eine derartige Generalklausel verdient aus einem weiteren Grund Kritik: Mit der vagen Formulierung von den „rassistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Aktivitäten“, die nicht zuzulassen seien, können unliebsame Positionen ins Abseits gestellt werden. Konkretisierungen fehlen. Entsprechende strafrechtliche Vorschriften gegen solche Aktivitäten bestehen

bereits. Die von großen Teilen der Partei Die Linke vertretene Auffassung, „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“, trifft so nicht zu. Ein Verbrechen ist eine Tat, die mit einer Strafe sanktioniert wird. Das gilt aber nicht für eine Meinung, mag sie noch so abwegig sein. Sondergesetze gegen die bloße Bekundung einer Meinung verbieten sich in einem demokratischen Verfassungsstaat. Wer gegen den Abbau demokratischer Rechte polemisiert und immer wieder hervorhebt, niemand dürfe wegen seiner politischen Einstellungen benachteiligt werden, und zugleich eine antifaschistische Klausel propagiert, argumentiert doppelbödig. Offenbar geht es ihm nicht um den Schutz der Grundrechte an sich, sondern nur um den Schutz für eine bestimmte Richtung.

Die Antifaschismus-Klausel soll die Handhabe dafür bieten, dass – tatsächliche oder auch nur vermeintliche – rechtsextremistische Kräfte gleichsam unter der Hand die Grundrechte der Meinungs-, Versammlungs- und Demonstrationfreiheit verlieren. Eine solche Bestimmung mit hoher Symbolkraft würde in gewisser Weise eine Kehrtwendung vom bisherigen verfassungspolitischen Konsens einleiten. Damit wäre der Weg in eine andere Republik beschritten. Das Bekenntnis zu einem wertgebundenen Antiextremismus – nicht einseitig zum Antifaschismus, nicht einseitig zum Antikommunismus – ist die Devise des demokratischen Verfassungsstaates. Der grundlegende Gegensatz von extremistisch und demokratisch gilt für die Auseinandersetzung mit allen Extremismen.

Die Demokratie sei nur durch rechte, nicht durch linke politische Strömungen bedroht. Die Linke ist nicht frei davon, die Parole des Antifaschismus für die Aushebelung des demokratischen Verfassungsstaates zu benutzen. Jedenfalls wird dieser dadurch delegitimiert. Mit dem „Kampf gegen rechts“ hat sie ein willkommenes Agitationsfeld gefunden. Dadurch ist die Partei aufgewertet worden. Gewisse Erfolge der gesellschaftlich geächteten und zugleich in jeder Hinsicht rechtsextremistischen NPD<sup>8</sup> kamen der Partei Die Linke insofern zupass.

Sie konnte mit ihren Parolen in die „Mitte der Gesellschaft“ vordringen, nicht die NPD, wie oft behauptet. Allein deshalb, weil jemand

den Rechtsextremismus bekämpft, bejaht er noch nicht die Demokratie. Die Absage an den Rechtsextremismus ist bei der Linken nicht antiextremistisch fundiert, sondern antifaschistisch.<sup>9</sup> Jeder Rechtsextremist ist in der Tat ein Antidemokrat. Doch nicht jeder Gegner des Rechtsextremismus muss ein Verfechter des demokratischen Verfassungsstaates sein. Rechts- und Linksextremisten weisen eben nicht nur Gegensätze, sondern auch Gemeinsamkeiten auf.

### PROGRAMMATIK

Die PDS verabschiedete drei Grundsatzprogramme: 1990, 1993 und 2003.<sup>10</sup> Berief sich die Partei anfangs auf Lenin als ideologischen Gewährsmann, so entfiel diese Bezugnahme im letzten Programm. Die beständige Kritik am „Kapitalismus“ – gemeint ist nicht bloß die Wirtschaftsordnung – blieb freilich erhalten. Im Jahre 2004 – auf ihrem Potsdamer Parteitag – versuchte die Partei mit dem Begriff vom „strategischen Dreieck“, die unterschiedlichen innerparteilichen Interessen auf außerparlamentarische Opposition, parlamentarische Opposition und Regierungspolitik gleichermaßen zu verpflichten: „Für sozialistische Politik nach unserem Verständnis bilden Widerstand und Protest, der Anspruch auf Mit- und Umgestaltung sowie über den Kapitalismus hinausweisende Alternativen ein unauflösbares strategisches Dreieck.“<sup>11</sup> Auf dieses Dreieck kam und kommt Die Linke kontinuierlich zurück, meint sie doch damit im Kern nichts anderes als Systemüberwindung.

Die Partei verabschiedete erst im Oktober 2011 ein Grundsatzprogramm.<sup>12</sup> Offenbar fürchtete Die Linke Grundsatzkonflikte zwischen den verschiedenen Strömungen. Die Absage an die „kapitalistischen Verwertungsinteressen“, ohne dass immer klar wird, was damit gemeint ist, stellt einen ideologischen Grundkonsens dar. Ähnlich vage bleibt das Plädoyer für eine andere Gesellschaftsordnung. Der Gemeinplatz, der Kapitalismus sei nicht das letzte Wort der Geschichte, kommt oft aus dem Mund führender Repräsentanten der Partei, vor wie nach der Vereinigung der Parteien von Linkspartei und WASG. Das Programm basierte maßgeblich auf einem von Oskar Lafontaine konzipierten Entwurf. Das Ausbleiben von Zerwürfnissen

dürfte nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein, dass das Programm, wie bei Grundsatzprogrammen üblich, allgemein gehalten war.

Gleichwohl hieß es eingangs unumwunden: „Wir wollen dazu beitragen, dass aus passivem Unmut aktive Gegenwehr wird. Wir setzen Lohndumping, Sozialraub und dem Ausverkauf öffentlichen Eigentums Widerstand entgegen. Wir wollen die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verändern und ringen um eine andere Politik. Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Internationalismus und Solidarität gehören zu unseren grundlegenden Werten. Sie sind untrennbar mit Frieden, Bewahrung der Natur und Emanzipation verbunden. Wir kämpfen für einen Systemwechsel, weil der Kapitalismus, der auf Ungleichheit, Ausbeutung, Expansion und Konkurrenz beruht, mit diesen Zielen unvereinbar ist.“<sup>13</sup> Die Partei stehe für drei miteinander verknüpfte Leitideen: gute Lebensbedingungen für alle, Unterordnung der Wirtschaft unter die solidarische Entwicklung, Überwindung der Vorherrschaft des Kapitals. Der „demokratische Sozialismus“, den die Partei im Programm propagiert,<sup>14</sup> deckt sich nicht mit dem von der SPD verfochtenen „demokratischen Sozialismus“. <sup>15</sup> So heißt es etwa: „Demokratischer Sozialismus fördert die Entfaltung der zivilisatorischen Entwicklungspotenziale der Gesellschaft und zielt auf grundlegende Veränderungen der herrschenden Eigentums-, Verfügungs- und Machtverhältnisse. Er verbindet Protest und Widerstand, den Einsatz für soziale Verbesserungen und linke Reformprojekte unter den gegebenen Verhältnissen und die Überschreitung der Grenzen des Kapitalismus zu einem großen Prozess gesellschaftlicher Umgestaltung, der das 21. Jahrhundert bestimmen wird. [...] Dieser Prozess wird von vielen kleinen und großen Reformschritten, von Brüchen und Umwälzungen mit revolutionärer Tiefe gekennzeichnet sein.“<sup>16</sup> Solche Formulierungen („herrschende Machtverhältnisse“, „Widerstand“, „Überschreitung der Grenzen des Kapitalismus“, „revolutionäre Tiefe“) stehen in einem deutlichen Gegensatz zur Programmatik der SPD.

Die Repräsentanten der Partei bejahen das kubanische Experiment und bezeichnen das System nicht als das, was es ist: eine kommunistische Diktatur. Es fällt ihr schwer, sich von der

russischen Oktoberrevolution und der sowjetischen Expansionspolitik nach 1945 zu distanzieren. Die „Vergangenheitspolitik“ der Partei Die Linke ist halbherzig.<sup>17</sup> Das gilt auch für das Grundsatzprogramm von 2011.

### **HALTUNG DER ANDEREN PARTEIEN ZUR PARTEI DIE LINKE**

Für Union und FDP kommt eine Tolerierung durch Die Linke weder im Osten noch im Westen in Frage, geschweige denn eine Koalition mit ihr. Das beruht auf Gegenseitigkeit. Die beiden Parteien scheuen sich auch nicht, Die Linke als teilweise extremistisch zu bezeichnen, obwohl diese Kritik keineswegs im Vordergrund steht, da sie, zumal im Osten des Landes, nicht immer so verstanden wird, wie sie gemeint ist: nicht als Kritik an den Wählern der Partei, sondern als Kritik an ihr.

Die Grünen haben mehrheitlich schon seit vielen Jahren prinzipiell nichts gegen eine Einbeziehung der Partei die Linke an der Regierung. So wurde bei den letzten Bundestagswahlen ein Bündnis mit den Postkommunisten nicht ausgeschlossen, wiewohl auch nicht eigens befürwortet. Die Linke galt vielmehr als „politikunfähig“. Nach der Bundestagswahl 2013 propagierte die Partei eigens neue Koalitionsoptionen: „Ob uns 2017 neue Koalitionsoptionen offen stehen, hängt jedoch nicht allein an uns. Es hängt auch daran, „ob die Linkspartei sich ihren Konflikten – gerade in der Außen-, Finanz- und Europapolitik – stellt und 2017 nicht nur Regierungsfähigkeit vorgibt, sondern es auch ernst meint, sowie daran, ob die SPD davon abrückt, Koalitionsoptionen mit der Linkspartei auszuschließen.“<sup>18</sup>

Die SPD befürwortet in den neuen Bundesländern zwar prinzipiell eine Zusammenarbeit mit der Partei, in den alten überlässt sie die Entscheidung den Landesverbänden. Doch auf Bundesebene wurde eine Kooperation mit ihr abgelehnt. Die Linke sei politikunfähig, noch nicht im Westen „angekommen“, außenpolitisch unberechenbar und mache unhaltbare Versprechen. Ein Hinweis auf die extremistischen Züge bei der Partei Die Linke fehlt in der Regel.

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hatte vor der Wahl 2013 zwischen einer insgesamt

konstruktiven Ost-Linken und einer politikunfähigen West-Linken offenkundig einen Keil zu treiben versucht. Wurde mit dieser Unterscheidung indirekt bereits eine andere Strategie gegenüber der Partei Die Linke vorbereitet? Die SPD trat nach der Bundestagswahl 2013 die Flucht nach vorne an – sie zog die Konsequenz aus dem Abschneiden der linken Konkurrenz bei den letzten drei Bundestagswahlen: Auf ihrem Bundesparteitag am 14. November 2013 verabschiedete sie einen Leitantrag mit dem folgenden Kernsatz: „Für die Zukunft schließen wir keine Koalition (mit Ausnahme von rechtspopulistischen oder -extremistischen Parteien) grundsätzlich aus.“<sup>19</sup> Damit hat die SPD – was die Bundesebene betrifft – ihre Ablehnung eines Regierungsbündnis mit der Linken prinzipiell aufgegeben. Doch das kann sich schnell wieder ändern, zumal die außenpolitischen Konzeptionen stark voneinander abweichen.

Für Die Linke ist eine Einbeziehung in eine Koalition beides: Chance und Risiko gleichermaßen. Eine Chance deshalb, weil sie damit die Möglichkeit hat, auf Bundesebene mitzugieren, Minister zu stellen und eigene Positionen durchzusetzen. Zudem wird sie damit weiter hoffähig gemacht. Ein Risiko deshalb, weil Teile der Partei aus prinzipiellen Gründen eine Regierungsbeteiligung im Grunde nicht wollen (aus der Angst heraus, dadurch verliere der Radikalismus an Kraft, mache sie sich unter Umständen überflüssig) und weil die Linke „entzaubert“ werden könnte. Wo die Partei regierte, brach sie bei der nachfolgenden Wahl ein: In Mecklenburg-Vorpommern verlor sie 2002 8,0 Punkte, in Berlin 2006 9,2 Punkte und in Brandenburg 2014 8,6 Punkte. Die Linke kommentierte den Wandel der SPD eher zurückhaltend. Mit den Worten von Gregor Gysi: „Seit 1990 hatte die SPD immer nur ein Ziel: Sie wollte uns loswerden. Das ist nicht gelungen. Aber bis zum Beweis des Gegenteils ist die Öffnung für Rot-Rot-Grün erst einmal Taktik, vielleicht sogar ein vergiftetes Angebot.“<sup>20</sup>

### **HALTUNG DES VERFASSUNGSSCHUTZES ZUR PARTEI DIE LINKE**

Die Ämter für Verfassungsschutz sind sich nicht einig darin, wie sie Die Linke einzuschätzen haben. Die Extreme sind Brandenburg und

Bayern. Brandenburg hat in seinem Verfassungsschutzbericht noch nie über die PDS, die Linkspartei und Die Linke berichtet, Bayern hingegen die gesamte PDS, die gesamte Linkspartei und die gesamte Linke stets als extremistisch bezeichnet. Viele Verfassungsschutzämter sehen einzelne Strukturen der Partei wegen verfassungsfeindlicher Bestrebungen weiterhin als Beobachtungsobjekt an, mehr im Westen als im Osten. Die Verfassungsschutzberichte erwähnen offen extremistische Strukturen innerhalb der Partei, etwa die Kommunistische Plattform oder das Marxistische Forum. Die engen Verbindungen zu kommunistischen Kräften innerhalb der Europäischen Linkspartei sind ein zusätzlicher Grund für die Aufnahme in die Berichte. Es fällt jedoch ein Trend auf: Die Beobachtung und damit die Berichterstattung über Die Linke lässt nach.<sup>21</sup>

Um dies an den Berichten des Bundesamtes für Verfassungsschutz zu zeigen: Die PDS und die Linkspartei wurden in den Verfassungsschutzberichten stets ausführlich genannt. Mit der Gründung der Partei Die Linke ließ die Berichterstattung sukzessive nach. Im Verfassungsschutzbericht 2007 hieß es zwar noch: „Damit bekennt sich die Partei in ihrer Programmatik weiterhin zu einer extremistischen Ausrichtung.“<sup>22</sup> Allerdings fanden sich bereits einige relativierende Aussagen, wonach „Ansätze für eine Umsetzung des programmatischen Ziels der Überwindung der herrschenden Staats- und Gesellschaftsordnung nicht zu erkennen“<sup>23</sup> seien.

Seit dem Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2012 findet sich nach der DKP, der MLPD, dem „GegenStandpunkt“ und den Trotzlisten ein Unterkapitel über „Offen extremistische Strukturen“ in der Partei Die Linke: Genannt sind die Kommunistische Plattform, die Sozialistische Linke, die Arbeitsgemeinschaft Cuba Si, das Marxistische Forum, der Gerarer / Sozialistischer Dialog sowie die Antikapitalistische Linke.<sup>24</sup> Ein übergreifender Teil zur Partei Die Linke fehlt. Offenbar werden solche „offen extremistischen Strukturen“ der Partei als Ganzes nicht mehr zugerechnet. Die Antwort auf die Frage wäre aufschlussreich, ob der Wandel auf die Partei zurückgeht oder auf das gesellschaftliche Klima.

## RESÜMEE

Wer wie Die Linke die „Systemfrage“ stellt, lehnt die Grundlagen des Systems prinzipiell ab. Eine andere Interpretation ist schwerlich möglich. Zwar gilt: Eine Rückkehr zum Realsozialismus der DDR ist nicht beabsichtigt. Aber bedeutet dies schon eine Hinwendung zum demokratischen Verfassungsstaat der Bundesrepublik Deutschland? Wer die Partei beim Worte nimmt, kommt nicht umhin, die folgende Aussage zu treffen: Sie erkennt nicht die freiheitliche demokratische Grundordnung ohne Wenn und Aber an. Die Berufung auf „Demokratie“ besagt demgegenüber wenig, da dieser Begriff, längst eine Allerweltsbezeichnung geworden, auch und gerade von Gegnern der freiheitlichen Ordnung Verwendung findet.

Der permanente Hinweis darauf, die PDS habe sich bereits im Dezember 1989 vom „Stalinismus als System“ losgesagt, verfängt als Argument für die demokratische Glaubwürdigkeit der Partei keineswegs. Denn „Stalinismus“ gilt im Verständnis linker Gruppierungen als Pervertierung des Kommunismus. Wer ihn ablehnt, kann umso mehr für einen neuen Sozialismus plädieren; „Stalinismus“ sei, so die Position vieler Repräsentanten der Linken, niemals Sozialismus gewesen. Insofern wohnt diesem Begriff eine apologetische Komponente inne. Auch wenn die Partei heute überwiegend keine kommunistische Partei mehr ist, gibt es einen Konsens über die Ablehnung einer prinzipiellen Kommunismuskritik. Sie ist damit weit von einem antiextremistischen Demokratieverständnis entfernt.<sup>25</sup> Das Plädoyer von Gesine Löttsch, der damaligen Parteivorsitzenden, für „Wege zum Kommunismus“,<sup>26</sup> veröffentlicht in der links-extremistischen „jungen Welt“ 2011, spricht Bände.

In der praktischen Politik, und dies steht in einem bedeutsamen Spannungsverhältnis zu ihrer Ideologie, legt die Partei ein hohes Maß an Pragmatismus an den Tag. Vor allem in den neuen Bundesländern übernimmt die Verantwortung. Sektiererische Tendenzen spielen dort eine geringere Rolle. Das Dilemma für Die Linke besteht bekanntlich darin: In der Opposition kann sie populistisch Stimmung machen und viele Wähler an sich ziehen, als Regierungspartei ist ihr dieser Weg verwehrt. Ihrer Aufwertung

als Regierungspartei stehen – wie erwähnt – zugleich beträchtliche Wählerverluste gegenüber.

Die Verfechter des demokratischen Verfassungsstaates sollten zweierlei vermeiden: einerseits Die Linke stigmatisierend dämonisieren, in ihr mehr oder weniger nur eine verkappte SED sehen, andererseits sie verharmlosen, und zwar in dem Sinne, als handle es sich um „Kinderkrankheiten“ einer jungen, ungebärdigen Partei. Diese letzte Gefahr scheint größer zu sein als die erste. Was Anhänger wie Gegner der Partei mitunter nicht wahrhaben wollen, ist der Sachverhalt, dass Die Linke zerstritten ist.<sup>27</sup>

Im Vergleich zum „harten“ Rechtsextremismus der NPD verfiht Die Linke einen „weichen“ Linksextremismus.<sup>28</sup> Vor allem bedient sie sich populistischer Ressentiments. Insofern muss sie die Kritik von Repräsentanten des demokratischen Verfassungsstaates ertragen.

---

#### || PROF. DR. ECKHARD JESSE

Institut für Politikwissenschaft, Philosophische Fakultät der TU Chemnitz

---

#### ANMERKUNGEN

- 1 Diese als heikel geltende Frage wird in der Politik, der Publizistik und der Politikwissenschaft vielfach umgangen.
- 2 Die Ausführungen basieren teilweise auf den folgenden Texten: Jesse, Eckhard / Lang, Jürgen P.: Die Linke – eine gescheiterte Partei?, München 2012; Jesse, Eckhard: Die Linke als dritte Kraft? Personal, Organisation, Programmatik, Koalitionsstrategie, Wahlergebnis, in: Bilanz der Bundestagswahl 2013. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, hrsg. von Dems. und Roland Sturm, Baden-Baden 2014, S. 231-254.
- 3 Vgl. Vollmer, Andreas M.: Arbeit und soziale Gerechtigkeit – die Wahlalternative (WASG). Entstehung, Geschichte und Bilanz, Baden-Baden 2013.
- 4 Allerdings wurde Rosa Luxemburg in der DDR wegen ihrer partiellen Kritik an der Parteikonzeption Lenins nicht nur gelobt.
- 5 Zur Kritik an ihr vgl. u. a. Pfahl-Traughber, Armin: Die Berufung auf den Marxismus der Rosa Luxemburg. Zur demokratie- und extremismustheoretischen Einschätzung einer Klassikerin, in: Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2010/2011, hrsg. von Martin H. W. Möllers und Robert Chr. van Ooyen, Frankfurt a. M. 2010, S. 181-196.
- 6 So Kinner, Klaus / Seidel, Helmut: Vorwort, in: Rosa Luxemburg. Historische und aktuelle Dimensionen ihres theoretischen Werkes, hrsg. von Dens., Berlin 2002, S. 8.
- 7 Vgl. Blank, Bettina: „Deutschland, einig Antifa“? „Antifaschismus“ als Agitationsfeld von Linksextremisten, Baden-Baden 2014.
- 8 Vgl. Brandstetter, Marc: Die NPD unter Udo Voigt. Organisation. Ideologie. Strategie, Baden-Baden 2013.
- 9 Vgl. für Einzelheiten Peters, Tim: Der Antifaschismus der PDS aus antiextremistischer Sicht, Wiesbaden 2006.
- 10 Vgl. Prinz, Sebastian: Die propagandistische Entwicklung der PDS. Kontinuität und Wandel der Politik einer sozialistischen Partei, Wiesbaden 2010.
- 11 Zitiert nach Disput 11/2004, S. 50 f.
- 12 Vgl. dazu Pfahl-Traughber, Armin: Das neue Programm der Partei „Die Linke“ (2011). Eine Analyse aus demokratie- und extremismustheoretischer Perspektive, in: Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2013, hrsg. von Dems., Brühl 2013, S. 113-136.
- 13 Programm der Partei Die Linke, Berlin 2011, S. 5, unter: [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)
- 14 Vgl. etwa das Kapitel „Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert“ (ebd., S. 27-33).
- 15 Vgl. zu den Unterschieden Pfahl-Traughber, Armin: Der „demokratische Sozialismus“ der Partei Die Linke. Eine Analyse aus demokratietheoretischer und ideengeschichtlicher Sicht, in: Extremismus in Deutschland. Schwerpunkte, Vergleiche, Perspektiven, hrsg. von Gerhard Hirscher und Eckhard Jesse, Baden-Baden 2013, S. 207-220.
- 16 Programm der Partei Die Linke, S. 28 f.
- 17 Vgl. Lannert, Christian: „Vorwärts und nicht vergessen“? Die Vergangenheitspolitik der Partei Die Linke und ihrer Vorgängerin PDS, Göttingen 2012.
- 18 Bündnis 90 / Die Grünen: Beschluss: Gemeinsam und solidarisch für eine starke grüne Zukunft, Bundesdelegiertenkonferenz Berlin, 18.-20. Oktober 2013, S. 4.
- 19 Beschluss: Leitantrag „Perspektiven. Zukunft. SPD!“, unter: [www.spd.de](http://www.spd.de)
- 20 Deggerich, Markus / Hoffmann, Christiane: Spiegel-Gespräch mit Gregor Gysi: Wir sind bereit, in: Der Spiegel 49/2013, S. 34.
- 21 Vgl. Jesse / Lang: Die Linke – eine gescheiterte Partei?, S. 297-336.
- 22 Verfassungsschutzbericht 2007 des Bundes, Berlin 2008, S. 151.
- 23 Ebd., S. 151.
- 24 Vgl. Verfassungsschutzbericht des Bundes 2012, Berlin 2013, S. 209-216. Die Tendenz ist im Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2013 nicht anders.

- <sup>25</sup> Die folgende Analyse ist nicht überholt: Lang, Jürgen P.: Ist die PDS eine demokratische Partei? Eine extremismustheoretische Untersuchung, Baden-Baden 2003; siehe eingehend Jesse / Lang: Die Linke – eine gescheiterte Partei?
- <sup>26</sup> Vgl. Löttsch, Gesine: Wege zum Kommunismus, in: junge Welt, 3.1.2011.
- <sup>27</sup> Vgl. jetzt die Studie von Oppeland, Torsten / Träger, Hendrik: Die Linke. Willensbildung in einer ideologisch zerstrittenen Partei, Baden-Baden 2014.
- <sup>28</sup> Vgl. Jesse, Eckhard: Die NPD und Die Linke. Ein Vergleich zwischen einer harten und einer weichen Form des Extremismus, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie Bd. 21, hrsg. von Uwe Backes, Alexander Gallus und Eckhard Jesse, Baden-Baden 2009, S. 13-31.